

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werttätige Volk**

Baukonto:
Geb. Anhalt, Dresden
und Carl, Elbschiffahrt

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frangolohn mit den wöchentlichen Beilagen
"Nach der Arbeit" und "Voll und Zeit" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Sprech-
Kunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr, Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10,
Fernsprecher Nr. 25261, Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Kompatibilität
30 Pf., die 90 mm breite Reklamensätze 1,50 M., für auswärtsige An-
zeigen 30 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Vertriebsverlegung 10 Pf.

Nr. 112

Dresden, Freitag den 15. Mai 1925

36. Jahrg.

Aufwertungskompromiß

Die Regierungsparteien, einschließlich des Zentrum, haben mit der Regierung ein Kompromiß über die Aufwertungsfrage abgeschlossen, das in einigen Punkten etwas weiter geht als die ursprünglichen Vorschläge der Regierung. Bei diesem Kompromiß ist man wahrlich schon weiter gegangen, als den Vertretern des Großkapitals, der Großgrundbesitzer und der Banken, die man bei den letzten Reichstagswahlen mit auf die Liste nahm, um die kleinen Sparern zu ködern, soll im Begriffe sein, sich einen Platz bei irgendeiner deutschvölkischen Gruppe zu suchen.

Mit der jetzt geplanten Aufwertungsregelung würde man nur einen kleinen Teil des Unrechts wieder aufmachen, das an den Sparern und Kleinrentnern begangen wurde. Während der Kriegs- und Inflationszeit vollzog sich in Deutschland wohl eine gewaltige Umwälzung in der Vermögensverteilung. Ein großer Teil des sogenannten Mittelstandes, all die Rentner, die nicht rechtzeitig in die Sachwerte flüchten konnten, verlor sein Hab und Gut fast bis auf den letzten Pfennig, so daß ehemals recht wohlhabende Leute von den Gemeinden ein paar Bettelbrosen bekommen müssen, um nicht zu verhungern. Zum Teil sind die Verluste der Kleinrentner auch Verluste unserer Volkswirtschaft. Unser Volkvermögen hat sich im letzten Jahrzehnt stark vermindert. In der Inflationszeit deckte das Reich, dessen Steuereinnahmen immer mehr zusammenbrachen, seine Ausgaben mit der Notenpresse und entwertete dadurch seine eigenen Schulden und die der andern öffentlichen Körperschaften. Ein nur wenig verhöhlter Staatsbankrott. Die Staatsgläubiger wurden ihr Vermögen, Reich, Staat und Gemeinden dafür aber ihre Schulden los. Zu einem großen Teil aber ist das, was die Gläubiger verloren, den Sachwertbesitzern in Industrie und Landwirtschaft zu gute gekommen. Nicht nur, daß diese Kreise ihre Hypotheken in entwertetem Gelde zurückzahlten, sie verdienen noch dadurch an der Geldentwertung, daß sie dank der allorischen Kreditpolitik der Reichsbank billige Papiermarkkredite aufnehmen konnten. Dieser Sachverhalt zusammenfassend und ihre Schulden entwertet zurückzahlen konnten. Die Stinnes und Komnarewitsch vermehrten auf diese Weise ihr Vermögen um Hunderte von Millionen auf Kosten der Kleinen. Diese Entwicklung hätte zum guten Teil vermieden werden können, wenn nicht schon selber die ganze Kriegsführung auf Wump aufgebaut hätte, und wenn man sich in der Nachkriegszeit entschlossen hätte, eine energische Steuerpolitik zu treiben. Aber trotz drängen der Sozialdemokratie waren die bürgerlichen Parteien zu einer solchen Politik nicht zu bewegen, und gegen Erbacher, der einen großzügigen Versuch gemacht hatte, durch scharfe Eingriffe in den Geldbeutel der Besitzenden die Reichsfinanzen zu ordnen, ging eine wütende Welle los, bis der Mann der Riegel eines Mörders erlag.

Man bekommt die Sozialdemokratie mit der Behauptung, daß sie eine Feindin des Mittelstandes sei, aber denselben bürgerlichen Parteien, die sich sonst immer als Hüter des Mittelstandes aufspielten, ist es zu verdanken, daß in Deutschland ein großer Teil des Mittelstandes ruiniert wurde, daß viele Reiche noch reicher und viele Landbesitzer, die über ein beachtliches Vermögen verfügten, bettelarm wurden. Krieg und Inflation haben die von den sozialistischen Theoretikern vorausgesagte Entwicklung beschleunigt, die dazu führt, daß dem Millionenheer von Proletariaten eine verhältnismäßig kleine Schicht von Besitzenden gegenübersteht.

Die Vertreter des Kapitals, die sich jetzt notgedrungen zu einem Aufwertungskompromiß herbeigelassen haben, werden so tun, als wenn sie ein wer weiß wie großes Opfer bringen. Aber das wird sie nicht hindern, die Lasten möglichst auf die breiten Massen abzuwälzen. Soweit es sich um Hypotheken auf Wohnhäuser handelt, werden die Mieter die Lasten tragen müssen. Die schon längst erstrebte Erhöhung der Mieten auf Friedenshöhe wird nicht ausbleiben. So wie wir die Freunde des Hausgraviertums kennen, wird man versuchen, bei dieser Gelegenheit auch für die Hausbesitzer gewaltige Geschenke herauszuklagen. Unter Vermittlung auf die Aufwertung wird man Mietserhöhungen durchzuführen suchen, die dann aber den Hausbesitzern zuteil werden lassen, die durch die Aufwertung nicht belastet werden. Die Sozialdemokratie wird hier auf der Hut sein müssen, um eine ungerechtfertigte Bereicherung eines Teiles der Hausbesitzer auf Kosten der Mieter zu verhindern. Wenn schon eine Erhöhung der Mieten, die die Massen so schwer trifft, nicht vermieden werden kann, so muß wenigstens dafür gesorgt werden, daß ein möglichst großer Teil der Summen, die man auf diese Weise aus den Mietern herausprezelt, in die öffentlichen Kassen geleitet wird und zur Erfüllung von sozialen und kulturellen Aufgaben dient.

Somit durch die Aufwertung eine Mehrbelastung für die öffentlichen Körperschaften entfällt, wird man natürlich auch versuchen, die Lasten möglichst den breiten Massen aufzubürden. Mit Händen und Füßen sträuben sich Regierung

und Rechtsparteien gegen die notwendige Milderung der Lohnsteuer. Während man die Steuern für die Besitzenden ermäßigt, will man von einer Befreiung der Umsatzsteuer nichts wissen und einige indirekte Steuern noch erhöhen. Und auch dafür, daß den Kriegs- und Inflationsgewinnern ein gehöriger Teil der auf Kosten ihrer Volksgenossen zusammengerammelten Vermögen wieder genommen wird, ist man nicht zu haben. So ist die Gefahr groß, daß die Kosten der Aufwertung, die man den kleinen Rentnern und Sparern sehr wohl abnehmen kann, zum großen Teil von den breiten Massen bezahlt werden. Man wird versuchen, die eine Ungerechtigkeit durch eine neue vielleicht noch schlimmere Ungerechtigkeit zu mildern. Gegen diese edle Absicht wird die Sozialdemokratie den härtesten Kampf führen, wie sie ja auch jetzt schon im Reichstag und in seinen Ausschüssen ihr Möglichstes tut, um eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten zu erlangen.

Die Neuregelung der Aufwertung

Die hinter der Reichsregierung stehenden Reichstagsfraktionen haben mit der Reichsregierung für die Beratung der Aufwertungsgeetze die folgenden Richtlinien vereinbart:

1. Der Aufwertungsbeitrag (§ 2 des Aufwertungsgezetzes) wird für alle Hypotheken und andre dingliche Rechte auf 25 v. H. erhöht.
2. Der Aufwertungsbeitrag von 25 v. H. ist ohne Unterscheidung zwischen Aufwertung und Aufbaufwertung einheitlich an der alten Rangstelle des alten Rechts einzutragen. Soweit der nach dem Verhältnis des berechtigten Befreiungswertes zum gegenwärtigen Grundstückerwerbsteuervertrag übersteigende Betrag der ersten Hypothek, deren Aufwertungsbeitrag übersteigt, ist dem Eigentümer eine Eigentümergewinnabgabe voranzustellen. Der Mann der neuangelegten Reichsmarkhypotheken, Hypotheken, Pfandbriefen und andern werthlosen Hypotheken bleibt gewahrt.
3. Bezüglich der Verzinsung bleibt es bei der Regierungsvorlage.
4. Der Rückzahlungstermin wird bis zum 15. Juni 1929 zurückverlegt. Dabei ist die Rückzahlungswendungsfrist zu erweitern. Bei der Rückzahlung findet die Aufwertung nicht nur zur Hälfte, sondern in voller Höhe des Aufwertungsbeitrages statt.
5. Der Aufwertungsbeitrag der Industrieobligationen wird für die Besitzer, d. h. für Personen, die bereits am 1. Juli 1920 Inhaber der Obligationen waren, um 10 Prozent auf 25 Prozent erhöht. Die Erhöhung des Aufwertungsbeitrages um 10 Prozent wird in der Form von Genusscheinen gewährt, die folgende Rechte haben: Nachdem vom Reingewinn zunächst ein Betrag von 6 Prozent an die Aktionäre als Dividende ausgeschüttet ist, wird der diesen Betrag übersteigende Reingewinn in folgender Weise verteilt: Bei jedem Prozent Ueberschuss auf die Aktien müssen 2 Prozent auf die Genusscheine vermindert werden, bis zu einem Höchstbetrage von 6 Prozent des Betrages, auf den die Genusscheine lauten. Von den auf die Genusscheine entfallenden Beträgen werden Ausschüttungen auf die Genusscheine in Höhe der alten Zinssätze der Obligationen gemacht. Der verbleibende Rest wird zu Ausloosungen

zu pari vermindert, die mindestens jedes zweite Jahr erfolgen müssen. Die erhöhte Aufwertung kommt auch den Altbesitzern zugute, deren Obligationen nach dem 1. Februar 1924 eingelöst worden sind. Im übrigen findet eine Rückwirkung bei der Aufwertung von Industrieobligationen nicht statt.

6. Entsprechend der Aufwertung der Hypotheken auf 25 v. H. erhöht sich auch das im § 12 Abs. 1 des Entwurfs vorgesehene Maß für die Aufwertung anderer Vermögenslagen auf 25 v. H. 7. Die Anleihen des Reiches werden durch eine neue Anleihe zum Satz von 5 v. H. abgelöst. Der Teil der Anleiheanleihe, welcher gegen Markanleihe alten Bestandes ausgegeben ist, wird durch Auslösung zum doppelten Nennbetrage (an Stelle des einfachen) zusätzlich 5 v. H. des Ausloosungsbetrages für jedes Jahr seit dem Beginn der Auslösung getilgt. Diese Tilgung soll in 20 Jahren (statt 40 Jahren) durchgeführt werden, sofern das Ergebnis der stehenden Verhandlungen über die Steuerreform den Finanzhaushalt und den Reichshaushalt dies nicht unmöglich macht. Die in der Regierungsvorlage vorgesehene Anleiherente fällt fort. Die Vorzugsrechte für die bedürftigen Anleihebesitzer bleiben bestehen.

8. Die Markanleihen der Länder werden in der gleichen Weise behandelt wie die Anleihen des Reiches.

9. Die Markanleihen der Gemeinden und Gemeindeverbände werden durch neue Anleihen zum Satz von 5 v. H. abgelöst. Der Teil der Anleiheanleihe, welcher gegen Markanleihen alten Bestandes ausgegeben ist, wird durch Auslösung nicht zum einfachen, sondern zum doppelten Nennbetrage zusätzlich 5 v. H. des Ausloosungsbetrages für jedes Jahr seit dem Beginn der Auslösung getilgt. Die Tilgungsdauer beträgt nach näherer Festsetzung der Besten Landesbehörde 20 bis 30 Jahre. Die Gemeindeaufsichtsbehörde kann einen Trennvorder zur Wahrnehmung der Interessen der Anleihegläubiger bestellen.

Auf Antrag der Gemeinde oder eines Anleihegläubigers oder des Treuhänders ist der feste Rückzahlungsbetrag bis auf 25 v. H. des Nennbetrages der abzulösenden Markanleihen zu erhöhen, sofern das dem Anleihegläubiger nach seiner finanziellen Leistungsfähigkeit und unter Berücksichtigung seiner öffentlichen Aufgaben zugemutet werden kann. Die Entscheidung über den Antrag erfolgt durch die von der Obersten Landesbehörde zu bestimmende Stelle. Gegen deren Entscheidung ist die Beschwerde an eine von der Obersten Landesbehörde zu bestimmende Beschwerdebehörde innerhalb einer Frist von einem Monat zulässig. Ueber die Untercheidung zwischen Gemeindeanleihen alten und neuen Bestandes Bestimmungen zu treffen, bleibt den Ländern vorbehalten.

Berschärfung des Unrechts

Zu diesem Kompromiß wird uns noch geschrieben
Die am Donnerstag bekanntgegebenen Aufwertungsentscheidungen der Regierungsparteien zeigen deutlich das Zeichen des Kompromisses. In ihrer Struktur unterscheiden sie sich wenig von den beiden Aufwertungsentwürfen der Regierung. Das geht besonders daraus hervor, daß dem Gedanken der sozialen Aufwertung, der Hilfe für die wirklich Geschädigten, wie sie von der Sozialdemokratie gefordert wird, in keiner Weise Rechnung getragen wird. Wenn man bei der Aufwertungsfrage des Reiches den Fortfall der Anleiherente in Betracht zieht, kann man sagen, daß die Vorschläge der Regierungsparteien das Unrecht noch verschärfen.
Andererseits sind die Vorschläge durchaus bedingt, d. h. sie

Ein Jahr Sozialisten-Regierung

Von unserm Kopenhagener Mitarbeiter

N. Ein Jahr ist vorbei, seit die dänische Sozialdemokratie die Regierung ihres Landes übernommen hat. Man prophesizierte ihr damals ein kurzes Leben, indem man darauf hinwies, daß sie im dänischen Volkstum nur zwei Stützen der Mehrheit habe, im Landeshöflichkeit und der Arbeiterklasse. Diese Regierung lebte aber heute noch und steht fest da als je; alle Angriffe in und außerhalb des Parlaments hat sie erfolgreich abgewehrt. So hält diese sozialdemokratische Regierung das Steuer ihres Landes fest in der Hand, wenn es mitunter auch nicht ohne Kompromisse abgeht.
Eines der großen im Wahlkampf aufgestellten Ziele hat die sozialistische Regierung Danemarks erreicht: die Stabilisierung der dänischen Krone, durch die Danemarks Wirtschaft wieder einen gesunden Grund und Boden erhielt. Im das mit der Befestigung der Währung eng zusammenhängende Problem der Verteilung der Kosten, die die Umstellung auf eine Wirtschaft mit festem Geld verursacht, ist zur Zeit der große innerpolitische Kampf entbrannt. In diesem Kampf zwischen Unternehmertum und Arbeiterklasse hat die Regierung unter dem Vorzeichen der Bürgerlichen Linke eine Militärreform beantragt, welche der Kampf um ihre Durchführung bis zum Jahre 1928. Ein ähnlicher Kampf wird sich jetzt um die Abrüstung entzünden, die in der dänischen Politik die Geister entzweien trennt. Zweifelloso arbeitet die Zeit für die Abrüstungsforderungen der dänischen Sozialisten. Ihre Abrüstungsvorlage wird im nächsten Winter wieder an das Parlament gelangen und wieder werden sich die Bürgerlichen mit ihm beschäftigen müssen. Vielleicht kommt es dann darüber zur Parlamentsauflösung und Neuwahl.

Außerordentlich günstig hat die sozialistische Regierung Danemarks in der parlamentarischen Kleinarbeit abgeschrieben. Sie hat den vielen kleinen Geschwätzern ihren Stempel aufgedrückt, gewagt, sie hat vor allem die Verwal-

tung mit Sozialisten durchsetzt. Der Haushaltsplan des sozialistischen Finanzministers weist dank einer gesunden Sparpolitik einen Ueberschuß von 11 Millionen auf; dabei sind die Beamtengehälter und die Sätze der Altersversorgung aufgebessert worden. Daneben erfolgte die Regierung eine Verbesserung der Wohnungsgesetzgebung und brachte ein Schutzesetz für jugendliche Arbeiter durch. Der sozialistische Justizminister kann als Beginn seiner Justizreform eine Neuregelung des Erbrechts studieren. Außerdem hat er die Internierung unheilbarer Sittlichkeitsverbrecher durchgesetzt. Die Wintertagung des Parlaments wird über die Verstaatlichung des Versicherungswesens und über die Staatskontrolle der Banken, die Staatsplanung, zu entscheiden haben. Die Vorlage des Genossen Vorbjerg auf Einführung von Betriebsräten führte zur Einführung eines Ausschusses von Parlamentariern und Sachverständigen, der die Erfahrungen, die andre Länder mit den Betriebsräten gemacht haben, studieren soll.

Die Außenpolitik des sozialistischen Kabinetts Stauning ist geleitet von dem Gedanken der Völkerverständigung und Verständigung. Danemarks Außenpolitik wird von einer Frage, die das ganze Land bewegt, beherrscht: von dem Problem Nord-Süd. Diese Frage verweist das deutsch-dänische Verhältnis seit bald einem Jahrhundert. Bei der Lösung dieser Frage nähert sich, ist sofort größter Bedeutung ausgeglichen. Um so bedeutender ist, daß es dem dänischen Außenminister, der Genossen Wang, gelang, im Dezember deutsche und dänische Delegierte zu einer Konferenz über die Schiffsfrage im Grenzgebiet zusammenzubringen. Diese von Verständigungswillen getragene Aussprache vermag; Mißverständnisse zu beseitigen und Vergleiche über die Verhältnisse diesseits und jenseits der neuen Grenze anzustellen; vor allem wurde aber durch sie der Weg direkter deutsch-dänischer Verhandlungen betreten.

Nur ist das Gewicht Danemarks in der allgemeinen Weltpolitik. Seine sozialistische Regierung sieht eine ihrer Hauptaufgaben in der Beseitigung von Reibungsstellen mit den Nachbarn. Mit Sorge verfolgen daher die Anhänger der Völkerverständigung Danemarks alle Anzeichen neuer europäischer Verhandlungen.

Außenpolitisch wird das Kabinett Stauning immer als ein Faktor der Völkerverständigung zu werden sein. Innerpolitisch hat die sozialistische Regierung noch manche ihrer Ziele nicht erreicht. Aber das dänische Volk ist mit dem beschriebenen Wege einverstanden. Das zeigt das feste Ansehen der dänischen Sozialdemokratie, zeigen die Wahlerfolge der Regierung im vorigen Herbst und im März dieses Jahres.

1900
3900
3900
2900
1700
300
1900
2900
2500
350
1500
600
300
200
100
er
al
690
lung
S
[w] 6

chinen
chinen
chinen
erinnen
emäss.
eren.
erster
Firmen.
ufenstern.
Könneritz-
strasse 17
ir Herren!
er
Guter Zis!
eden.
R
Laden.